maß der Einkommensverschlechterung gibt eine Aufgliederung des polnischen Konjunkturinstituts Aufschluß, die insofern interessant ist, als sie zugleich auch eine Vorstellung von der Kaufkraft der einzelnen Bevölkerungsschichten gibt. Danach hat sich das Gesamteinkommen, das 1929 17 400 Mill. Zloty betrug, auf 8 900 Mill. Zloty im Jahre 1934 verringert. Da aber der Kaufkraftrückgang infolge der von der Regierung betriebenen Deflationspolitik weit kleiner ist, kann man den Rückgang des Realeinkommens mit 25 % ansetzen. Das Durchschnittseinkommen je Kopf hat sich nominal in dieser Zeit um etwa 52 % verringert, nämlich von 561 auf 270 Zloty, wobei die steuerliche Belastung dieses Einkommens etwa 30 % beträgt."

	Gesamt-Nominaleinkommen (in Mill. Zloty)		
	1929	1933	% Rückgang
Kleine Landwirte und landwirtschaftliche Arbeiter	2100	700	67
Gutsarbeiter	200	70	67
Guts- und Großgrundbesitzer	500	300	40
Kopfarbeiter	2500	1300	28
Handarbeiter und kleine Angestellte	4300	1900	45
Freie Berufe und Kapitalertrag	2200	1400	36

Hinzu kommt, daß die Arbeitslosigkeit trotz der in den zwei letzten Jahren ansteigenden industriellen Erzeugung keineswegs abgenommen hat, sondern weiter gestiegen ist. Das mag einmal daran liegen, daß ein erheblicher Bevölkerungszuwachs festzustellen ist, der durch Rückwanderung polnischer Auslandsarbeiter noch erhöht wird, wobei besonders an die Ausweisung der Polen aus Frankreich zu denken ist. Die Hauptursache der steigenden Arbeitslosigkeit dürfte aber wohl die sein, daß unter den erwähnten Hochschutzzöllen die polnische Industrie technische Neuerungen einführen und ausnutzen konnte, und daß diese Rationalisierung der Produktion zwar einerseits die Verbilligung der Erzeugnisse ermöglichte, daß die Maschinen andererseits aber erhebliche Arbeitermengen freisetzten.

Die bedrohliche Situation, die sich aus der schwindenden Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung und aus der steigenden Arbeitslosigkeit ergab, und die durch finanzielle Schwierigkeiten im Staatshaushalt noch gesteigert wurde, mußte die verantwortlichen Leiter der polnischen Wirtschaftspolitik im Verlauf des Jahres 1935 vor die dringliche Aufgabe einer einschneidenden Kursänderung stellen. Im Herbst nahm die Regierung zunächst eine Schwenkung in der Landwirtschaftspolitik vor, insofern, als sie die Stützung der Getreidepreise, die völlig zusammengebrochen war, aufgab und statt dessen die Mittel auf die Förderung der Viehzucht lenkte. Die Umlenkung der Kredite und der Ausfuhrprämien auf die Erzeugnisse der Vieh- und Milchwirtschaft sollte nicht allein den Export stärker fördern, als es bei der Getreidestützung möglich war, sie sollte im Gegensatz zu dieser, die nur einem Teil der Landwirtschaft zugute kam, vor allem der breiten Masse des Bauerntums helfen. Tatsächlich wurde eine beträchtliche Ausfuhrsteigerung der Fleischwaren erreicht, jedoch erwies sich auf die Dauer die Umstellung auf die Viehwirtschaft als unrentabel, da es an einer zweckentsprechenden Absatzorganisation mangelte, so daß auch hier bald wieder Preisrückschläge eintraten.

Die neue Regierung Koscialkowski-Kwiatkowski, die im Winter die Zügel der Wirtschaftspolitik fest in die Hand nahm, begnügt sich nicht mit Teilaktionen zur Milderung einzelner Nöte und zur Ankurbelung einzelner Wirtschaftszweige, sie versucht die Lösung der Verkrampfung durch eine energische Bekämpfung der Krise auf der ganzen Linie mit Hilfe einer Deflationspolitik. Wenn man in Deutschland eine solche Deflation nach dem Scheitern des Brüningschen Experiments auch mit starkem Mißtrauen betrachtet, so darf man doch nicht die ganz andere Wirtschaftsstruktur Polens in Rechnung zu stellen vergessen, die dieser Politik durchaus andere Voraussetzungen entgegenbringt.

Zwei große Leitlinien sind in dem Generalangriff gegen die polnische Wirtschaftskrise zu erkennen: der Kampf um den Ausgleich des Staatshaushalts und der Kampf gegen die im Verhältnis zur geschwundenen Kaufkraft immer noch zu hohen Preise. Die Mittel dieses Kampfes auf zwei Linien sind allerdings zwiespältig, denn der Etatsausgleich ist letzten Endes wieder nur möglich durch eine weitere Kaufkrafteinschränkung. So sind am 1. Dezember sämtliche Gehalts- und Lohnempfänger, die aus öffentlichen Mitteln besoldet werden, einer neuen Besteuerung von durchschnittlich 10 % unterworfen worden, und am 1. Januar wurde die Einkommensteuer allgemein beträchtlich erhöht. Immerhin ist dadurch erreicht worden, daß der Haushalt des polnischen Staates seit mehreren Jahren zum ersten Male ausgeglichen ist, was natürlich eine wesentliche Voraussetzung der Wirtschaftssanierung ist. Bemerkenswert ist ferner, daß Polen bisher ohne alle Beschränkungen des freien Devisenhandels ausgekommen ist.

Der zweite Grundsatz der neuen polnischen Wirtschaftspolitik, die Preissenkung, soll die verminderten Einkommen in ihrer Kaufkraft stützen. Damit soll vor allem auch der Landwirtschaft geholfen werden, und daher richtet sich der Hauptangriff in erster Linie gegen die Preise derjenigen Industrieprodukte, die für den Verbrauch der Landwirtschaft von Bedeutung sind, während die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach Möglichkeit erhöht werden sollen. Die Preissenkung richtete sich zunächst auf die Mieten, die um 10 bis 20 % herabgesetzt wurden, dann auf die Hypothekenzinsen. Weiter wurden die Eisenbahntarife gesenkt. Vor allem aber werden Zwangsmaßnahmen oder sonstige Druckmittel gegen die Kartelle angesetzt, die auch nachgegeben haben. Dieser Kampf begann bei der Kohle, bei Eisen, Erdöl, Zucker und Papier; die Fertigwaren sollen folgen. Der Erfolg war zur Jahreswende immerhin schon der, daß die Preisreduktionen beim Papier 9 bis 20 % betrugen, bei der Kohle und beim Eisen 10 %, beim Zucker 20 %, beim Petroleum 15 %. Die Folgen einer derartigen Deflationspolitik machten sich allerdings nicht nur in einem Stillstand des Kaufkraftsturzes, sondern auch in einer Stockung des Wirtschaftsprozesses bemerkbar, denn es herrscht in Erwartung weiterer Preissenkungen allgemeine Zurückhaltung in den Käufen.

Die neue Richtung der Wirtschaftspolitik muß natürlich auch auf den Außenhandel einwirken, der ohnehin durch die Wirtschaftskrise und durch die verschiedenen Versuche, ihre Folgen zu mildern, arg gelitten hat. Der Außenhandel Polens ist in seiner Grundtendenz von jeher durch den Zwang der polnischen Volkswirtschaft bestimmt, auf alle Fälle einen Ausfuhrüberschuß zu erzielen. Der Grund hierfür ist, daß Polen einerseits nur wenig Handelskredit im Ausland fand, andererseits einen starken Einfuhrbedarf an Industriegütern aufwies, der mit dem Wachsen der polnischen Industrie keineswegs

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id32782187-19360050/89 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG UNIVERSITÄT ERFURT